

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Nouvelles de France. Deutsche Ausgabe. 1947-1948
1947**

440 (5.3.1947)

MITTWOCH
5.
MÄRZ
1947
3. Jahrgang
No 440
30 Pfg.

Nouvelles de France

NACHRICHTENBLATT

DIREKTION
REDAKTION
ADMINISTRATION
Markstraße 4
KONSTANZ
ANZEIGEN:
Agence Havas
Markstraße 4
KONSTANZ
und
Neubüdingen

Die Juden in Deutschland

Es ist eine bekannte Tatsache, daß in manchen Gegenden Deutschlands der Antisemitismus, der in den Tagen des Zusammenbruchs stark abgenommen hatte, in letzter Zeit wieder zugenommen hat und sichtbare Formen annimmt. Zwei sind gesagt, der jetzige Antisemitismus lasse sich mit dem nationalsozialistischen nicht vergleichen. Hitler habe mit seiner Judenfeindschaft an die schlechten Instinkte appelliert und den Antisemitismus dazu benutzt, den Kampfegeist seiner Bewegung demagogisch-propagandistisch zu stärken, während der jetzige Antisemitismus nur die natürliche Abwehr gegen eine vom Osten her drohende „Ueberfremdung“ darstelle. Auch sei der Antisemitismus Hitlerscher Prägung ein systematischer und doktrinärer gewesen, während es sich bei dem jetzigen um einen „spontanen“ und „individuellen“ handele.

Solche Argumente, selbst wenn sie zutreffen sollten, vermögen jedoch nicht zu überzeugen. Als Symptom ist Antisemitismus gleich Antisemitismus, also die unendkranke Verfechtung einer Gruppe von Menschen einzig aus rassistischen Gründen. Es dürfte allmählich allgemein bekannt geworden sein, daß die Alliierten, in deren Hände das Schicksal Deutschlands heute ruhen gelegt ist, durch ihren Sieg auch den Antisemitismus ausrotten wollten, und daß sie das Fortschreiten der Demokratisierung Deutschlands, die eines ihrer Hauptziele ist, auch daran messen, wie weit der Antisemitismus verschwunden ist oder nicht. Mit Recht also läßt sich die Behauptung formulieren: Wer Antisemit ist, gefährdet direkt die Zukunft Deutschlands. Das ist eine politische Binsenwahrheit, die nicht weiter diskutiert zu werden braucht.

Nun wird indessen eingewandt, der jetzige Antisemitismus trete nur als „privater“ Meinungsäußerung auf, und in der Demokratie sei jede private Meinungsäußerung auf dem gleichen Wortespielerei wie diese: Wenn die Demokratie Meinungsfreiheit zusichert, müsse sie auch totalitäre Auffassungen gestatten. Es ist jedoch nicht allzu schwer, zu begründen, daß die demokratische Meinungsfreiheit Grenzen haben muß, nämlich da, wo eben ihre Beschränkung gewollt wird. Demokratie und Totalitarismus sind Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen. Der Totalitarist, auch der „private“, ist notwendigerweise ein Antidemokrat, und Antisemitismus ist nur eine Erscheinungsform totalitärer Gesinnung.

Außerdem ist der nachhitlerische Antisemitismus doch nicht ganz so „privat“, wie behauptet wird, sonst wäre er nicht so deutlich bemerkbar. Sonst würden ihn die Juden in Deutschland selbst nicht als so bedrückend empfinden. Wir erinnern an die Ausführungen Dr. Samuel Gringauz, des Präsidenten des Jüdischen Rates, der erst vor kurzem auf dem zweiten Kongreß der befreiten Juden Deutschlands in Reichshallen in einer Analyse der deutsch-jüdischen Beziehungen darlegte, daß der Antisemitismus, der sich in einem psychologischen Neo-Antisemitismus umgewandelt habe, in Deutschland wieder im Anstehen begriffen sei. Wie ernst die Lage der Juden in Deutschland von Juden selbst beurteilt wird, zeigt die Tatsache, daß Dr. Gringauz als einzige Rettung die Auswanderung nach Palästina hinstellen konnte. Der Nationalsozialismus hat Hunderttausende von Juden vieler Länder ohne irgendwelche juristische Grundlage hinweggerafft. Ob man die Kollektivschuld anerkennt oder ablehnt, ob man für oder gegen die Juden ist, — in der Weltmeinung birgt der Eindruck dieses systematischen Massenmordes tiefen und belastet die Zukunft Deutschlands. Und diese Last, die nach irgendwelcher Bühne schreit, wird gewiß nicht dadurch leichter, daß man den realistischen Juden das Leben in Deutschland durch Antisemitismus, wenn es auch ein „psychologischer“ sein sollte, merklich macht.

VOR DER MOSKAUER KONFERENZ Bevins Programm

LONDON, 4. März. — Vor seiner Abreise nach Moskau erklärte Außenminister Bevin: „Wir sind jetzt in ein Stadium eingetreten, wo man sich darüber klar wird, daß wir die Welt zu organisieren und die Regeln festzulegen haben, die für die kommenden Jahre gültig sein werden.“

In der britischen Hauptstadt stellt man demnach fest, daß Bevin sich in optimistischer Stimmung, wie er selbst sagte, auf die Reise begeben hat, in der Hoffnung, mindestens acht Probleme von kapitaler Bedeutung für den Weltfrieden zu lösen.

Die drei ersten mit einem vitalen Interesse werden natürlich durch die deutsche Frage gestellt, die Vorbereitungen des österreichischen Vertrags (es soll möglich werden, daß dieser Vertrag in Moskau unterzeichnet wird), der Abschluß eines Dreierpaktes, der dem bestimmt ist, die dauernde Entwicklung Deutschlands zu sichern.

Aber Bevin rechnet auch damit, die folgenden fünf Punkte zu regeln:

— Die Revision des britisch-sowie-

tischen Vertrags von 1919, über den er bei seiner Ankunft mit General Stalin verhandelt wird.

— Die Dardanellenfrage, über die eine gewisse Bemerkung in der Türkei bemerkbar wird.

— Die griechische und die palästinensische Frage, wobei Bevin sich bemühen wird, eine engere amerikanische Mitwirkung zu erlangen.

— Die chinesische Frage, die General Marshall sehr wahrscheinlich aufwerfen wird.

Die Darlegung dieses Programms genügt, um sowohl die Prophezeiungen der Experten, welche glauben, daß die Konferenz mindestens zwei Monate dauern wird, als auch die Erregung der Welt zu rechtfertigen. Die Konferenz von Moskau muß in entscheidender Weise zeigen, ob eine aufrichtige, dauerhafte und wirksame Zusammenarbeit der Alliierten möglich ist oder nicht.

Spanien fordert Reparationen

Mit dem Hinweis auf die Schäden, die Spanien während des Krieges durch die Deutschen entstanden sind, hat die spanische Regierung den Alliierten finanzielle Reparationsforderungen vorgelegt. In Madrid fanden schon im vorigen Frühjahr Verhandlungen zwischen den spanischen Behörden und Vertretern Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Frankreichs statt, aber sie waren unterbrochen worden, ohne daß eine Vereinbarung zustande gekommen war. Nach einer Nachricht aus Madrid in der „Times“ sollen die spanischen Forderungen nun erneut im Verlauf der Besprechungen über die deutschen Guthaben vorgebracht werden.

Mason, Mitarbeiter Marshalls

Der amerikanische Außenminister, General Marshall, der Washington am heutigen Mittwoch verläßt, hat an Professor Mason von der Harvard-Universität die Aufforderung geschickt, ihn als Hauptwirtschaftsberater nach Moskau zu begleiten.

NORWEGE

On reparle du Spitzberg

OSLO. — La commission des Affaires étrangères du Storting (Parlement norvégien) a demandé au gouvernement de poursuivre avec l'U.R.S.S. les négociations relatives à la révision du traité du Spitzberg, dont le protocole établissait la souveraineté norvégienne sur l'archipel.

Dans son rapport, la commission déclare que « le Parlement ne peut oublier l'aide particulièrement appréciable apportée à la Norvège par l'Union Soviétique, qui a de grands intérêts économiques au Spitzberg », et propose la reprise des pourparlers avec les autres Etats signataires du traité de 1920, à l'exclusion des puissances ennemies et de leurs satellites.

Paul Baudouin est condamné à 5 ans de travaux forcés

VERSAILLES. — La cinquième et dernière audience du procès Baudouin s'est ouverte lundi au palais de Versailles. Le procureur général Fretie-Damicourt a retracé dans son réquisitoire la brillante carrière du directeur général de la banque d'Indochine, avant de s'étendre sur les voyages que fit l'accusé en Italie.

Le procureur passe ensuite à l'attitude du ministre des Affaires étrangères de Vichy lors de l'affaire de Mers-el-Kébir sans beaucoup insister, et il termine en demandant l'application de l'art 83 qui prévoit une peine maximum de cinq années de travaux forcés.

Après une courte suspension d'audience, la défense, représentée par Me Chrestien, essaye avec habileté de réfuter les arguments développés par l'avocat général.

S'attaquant au principal grief, la conclusion de l'armistice :

« On a dit que Baudouin était partisan de l'armistice, mais on ne fait pas ici le procès de l'armistice, si on le fait un jour nous poursuivrons aussi M. Albert Lebrun. »

L'avocat produit ensuite des documents secrets allemands qui montrent la méfiance et l'antipathie de l'ennemi pour son client et rappelle que la réaction immédiate de Baudouin, après Montoire, fut de donner sa démission.

Durch die Verhältnisse bedingte Verpflichtungen der Papierlieferungen zwingen uns heute den Umfang unserer Zeitung auf vier Seiten herabzusetzen.

Wir bitten die Leser um Entschuldigung.



Die amerikanischen Filmschauspieler Barbara Stanwick und Robert Taylor befinden sich gegenwärtig in Paris. Sie wohnen in einem Duplex im Hotel „George V.“ und werden von den Ausgabens-Jägern begleitet. (A.F.P.)

PALÄSTINA-DEBATTE im britischen Unterhaus

LONDON, 4. März. — Ein langes und heftiges Rededuell entstand am Montagabend im britischen Unterhaus im Verlauf einer neuen Debatte über die Palästinafrage zwischen den von Churchill geführten Konservativen und Kolonialminister Crooch Jones, der durch die Mehrheit der Labour-Abgeordneten unterstützt wurde. Scharfe Angriffe der Konservativen, die mit Beleidigungen operierten, bildende Antworten der Labour, die den Ton ihrer Gegner überstiegen. Kurz, eine bewegte Debatte.

Crooch Jones behandelte die Palästinafrage im Hinblick auf die Attentate vom letzten Sonnabend. Er gab bekannt, daß diese Ereignisse 18 britische Bürger und 25 Verletzte gefordert haben. Im letzten Monat waren 48 Attentate zu verzeichnen gewesen, mit 20 Toten und 41 Verletzten. Der Kolonialminister zählte die Maßnahmen auf, die von den britischen Behörden ergriffen wurden. Ferner kündigte er an, daß die britische Regierung die Frage der Ausdehnung der jüdischen Einwanderung studiere, und beklagte das Scheitern der von den jüdischen Juden gemachten Anstrengungen, um den Terror zu unterdrücken.

„Wie lange wird dieser unwürdige Krieg in Palästina noch mit seinem Blutvergießen, das Großbritannien 30 bis 40 Millionen Pfund kostet, noch dauern? Und wann wird endlich eine Entscheidung gefällt werden?“ fragte Churchill, wobei er mit den Fäusten während auf seine Mäpfe schlug. Der Oppositionschef forderte, daß die Regierung energischer reagiere und daß alles mögliche unternommen werde, um die Frage möglichst rasch der UNO vorzulegen.

„Die Regierung sei sich über den Ernst der Lage vollkommen im klaren und sie läßt sich nicht einschleusen“

L'EGYPTE fera appel A L'O.N.U.

LE CAIRE. — Le premier ministre égyptien, Nokrassi Pacha, a fait au cours d'une conférence de presse une déclaration dans laquelle il affirme la résolution définitive de l'Egypte de faire appel à l'O.N.U.

Le chef du gouvernement égyptien a déclaré que la rupture des négociations anglo-égyptiennes pour la révision du traité de 1936 pouvait être attribuée à l'impossibilité pour son pays d'obtenir satisfaction sur deux points essentiels :

— L'évacuation immédiate et complète des troupes britanniques d'Egypte.

— Le maintien de l'unité de la vallée du Nil et le retour à l'Egypte de ses droits d'administration sur le Soudan.

Ainsi semble devoir être écarté, tout espoir de voir aboutir les efforts de médiation qui ont été tentés dernièrement par la Syrie et le Liban auxquelles la Grande-Bretagne avait répondu favorablement.

treiben“, antwortete Crooch Jones. „Die Anwendung des statutarischen Kriegesrechts beweist es bereits. Dadurch wird es der Polizei ermöglicht, ihre Untersuchung leichter durchzuführen und gleichzeitig zur Bändigung der „Mörder“ beizutragen.“

Der Kolonialminister kündigte an, daß die Regierung ihre Verhandlungen in New-York mit der größten Sorgfalt führt, um die Fragen über das Verfahren, das zur Prüfung der palästinensischen Angelegenheit angewendet werden soll, zu regeln, und er kündigte an, daß er darüber in einer Woche Einzelheiten bekanntgeben werde.

DANS LES RUINES DE DUNKERQUE

L'ANGLETERRE ET LA FRANCE scellent leur engagement de défendre la paix européenne

Le traité d'alliance franco-britannique a été signé hier, 4 mars, à 15 h. 15, du côté britannique par MM. Ernest Bevin, secrétaire d'Etat au Foreign Office, et Duff Cooper, ambassadeur de Grande-Bretagne à Paris, du côté français par MM. Georges Bidault, ministre des Affaires étrangères, et René Massigli, ambassadeur de France à Londres.

La cérémonie s'est déroulée à l'hôtel de ville de Dunkerque, en présence de M. Alexander, ministre de la Défense nationale, de M. Ashley Clark, conseiller d'ambassade, du général A.-G. Sallabury-Jones pour la Grande-Bretagne et, pour la France, de MM. Jean Chauvel, secrétaire général du ministère des Affaires étrangères, Maurice Couve de Murville, directeur général des affaires politiques, Hervé Alphand, directeur des affaires économiques, ainsi que de diverses autres personnalités du corps diplomatique.

M. Bidault était arrivé le premier à Dunkerque, à 14 heures, accompagné de Mme Bidault. A la même heure, M. Bevin débarquait à Calais de la Flèche d'Or, suivi de Mme Bevin. Le premier ministre, qui devait primitivement effectuer la traversée à bord d'un contre-torpilleur, s'était vu, en effet, obligé, au dernier moment, de modifier son programme en raison de l'importance de sa suite.

Reçu par les autorités civiles et militaires du Pas-de-Calais, après avoir passé en revue le détachement qui lui rendait les honneurs, il monta aussitôt en voiture pour arriver à Dunkerque à 14 h. 45.

Quant au déroulement de la cérémonie elle-même, les retards de transmission ne nous permettent malheureusement pas d'en donner ici le compte rendu détaillé.

Nous sommes donc obligés de nous en tenir, pour l'instant, au

STALINE SE DEMET DE SES FONCTIONS DE MINISTRE DE LA GUERRE

MOSCOU. — La radio soviétique annonce que le président du soviet suprême de l'U.R.S.S. a pris en considération la demande du généralissime Staline, président du conseil des ministres de l'U.R.S.S., de se démettre de ses fonctions de ministre de la Défense nationale.

Le généralissime Staline alléguait, dans sa demande, du surcroît de travail qu'il devait supporter du fait de ses occupations multiples.

La radio a ajouté que le président du soviet suprême a désigné le général Boulganine comme ministre de la Défense nationale de l'U.R.S.S.

programme prévu, dont nous avons publié le détail hier en dernière heure.

Rappelons qu'il comportait, après la signature, une courte allocution des deux ministres et que les traités devaient être rendus publics à 19 heures.

Deutsche Inhaltsübersicht

- Seite 1 Die Juden in Deutschland Vor der Moskauer Konferenz: Bevins Programm Palästina - Debatte im britischen Unterhaus
- Seite 2 Frankreichs Presse schreibt Truman in Mexiko Stalins Rücktritt als Minister Neue Maßnahmen zur Steigerung der sowjetischen Wirtschaft Nachrichten aus dem Ausland
- Seite 3 Nachrichten aus Deutschland Sozialpolitische Umschau Kurzmeldungen Das Ausland schreibt
- Seite 4 Deutschlands Presse schreibt Wirtschaftsmeldungen

APRES L'ARRESTATION DE BELA KOVACS LONDRES VEUT CONNAITRE LA VERITE

BUDAPEST. — Le gouvernement britannique a chargé son représentant au Conseil de contrôle interallié de Budapest de l'informer des raisons exactes qui ont motivé l'arrestation par les Russes de Bela Kovacs, ancien secrétaire général du parti majoritaire des « Petits Propriétaires ».

En effet, les autorités soviétiques, comme le gouvernement hongrois, après avoir originellement déclaré que Kovacs était soupçonné d'avoir trempé dans la récente affaire de conspiration destinée à renverser le régime hon-

grois actuel, affirment maintenant: « Kovacs a activement participé à la formation de groupes terroristes clandestins antisoviétiques et à des organisations d'espionnage dirigées contre la Russie ».

Devant ces contradictions, Londres s'inquiète et se réserve le droit d'intervenir s'il est avéré que la Russie s'est immiscée dans les affaires intérieures hongroises sans que la sécurité de ses troupes d'occupation ait été réellement menacée. Dans le cas contraire, la Grande-Bretagne, déclare-t-on à Londres, n'aura aucune raison d'intervenir.

Frankreichs Presse schreibt;

DE GEGNER DIE FRIEDENSPOLITIK

Die Pariser Journalisten beschreiben sich mit dem Erfolg der Friedenspolitik als die besten der Welt. Sie schreiben, dass die Regierung im Kampf gegen die Widerstände des Systems, André Cassin sagt in „L'Humanité“, in welchem Kriege diese Partei zu stehen sei: „Geduldlos, Großdeutliche und die großen Wurzeln der Welt, die in der politischen Haltung auf ein neues Antlitz der Erde, ihre Transparenz, ihre Waren lauten auf dem Markt zu stehen, sie gelangen nur selten zum Blitzen. In der Einzelhandels- und die Nachfrage bleibt größer als das Angebot und die Preise schwellen wieder hoch. Dieses verheerende Spiel ist nur möglich, weil man die Inhaber der Warenlager nicht streng genug beaufsichtigt und die Bilanz des Unternehmens nicht genau überprüft. Aber es geht nicht an, daß sich diese abscheuliche Spekulation ungestraft vor unser aller Augen abspielen darf.“

Neben diesen unerbittlichen Gegnern der Regierungspolitik gibt es die Leute, die man seit noch von dem Nutzen der letzteren überzeugt ist. Dazu gehören die Demos, die nur von verschiedenen Psychologien aus hergeleitet werden. Sie sind die Verfechter der Demokratie, die sie als die einzige Lösung ansehen. Sie haben über den Sinn der Demokratie geschrieben, daß sie die grundlegende Rechte und Freiheiten des Menschen zu erhalten und zu fördern. Wir vertreten den Standpunkt, daß der Staat dem Wohle des Menschen dienen soll und nicht, daß der Mensch dem Staat diene. Alles, was wir mit dem Wort Demokratie meinen, beruht auf dieser grundlegenden Überzeugung. Wir glauben, daß jede Einzelperson für ihre Lebensführung so viel Freiheit besitzen muß, wie sich dies mit dem Rechte anderer Personen vereinbaren läßt. Diese Überzeugung in die Praxis umzusetzen, ist der Zweck unserer Gesetze. Wir wissen, daß ein Höchstmaß an Freiheit und Würde des Einzelmenschen unter einer Diktatur nicht erzielt werden kann. Freiheit und Würde für den Einzelmenschen können nur unter einem System von Gesetzen gewonnen werden, das die Rechte des einzelnen Menschen schützt und durch eine Regierung, die sich aus drei

Truman in Mexiko „Dauernder Friede, das Ziel aller Menschen“

MEXIKO-CITY, 4. März. — Präsident Truman traf im Privatsitzung in Mexiko-City ein, als erster Präsident der USA, der während seiner Amtszeit Mexiko besucht. In einer Ansprache vor dem mexikanischen Staatspräsidenten Miguel Alemán und Regierungsvertretern erklärte Truman: „Dauernder Frieden und Sicherheit für die ganze Menschheit zu erreichen ist nicht leicht. Aber ich bin gewillt, daß dies das Ziel aller Menschen ist, welches auch immer ihre Sprache, Nationalität, Rasse und Herkunft sei.“ Er sei ein weit verbreiteter Fehler, daß viele Menschen über ihre Schwierigkeiten klagen und dabei das Gute und Erfreuliche übersehen.

Auf dem Gebiet internationaler Beziehungen, wo vielfach gerade die Meinungsverschiedenheiten hervorgehoben wurden, dürfte man nicht vergessen, daß auf weiten Gebieten Einvernehmen erzielt worden sei. Gewiß wäre es absurd, zu behaupten, es bestünde keine ideologischen Unterschiede. „Ich lehne es jedoch ab, mich durch offensichtlich bestehende Schwierigkeiten ermutigen zu lassen. Schwierigkeiten sind eine Forderung an Männer von Entschlossenheit.“

Truman fuhr fort: „Alle unsere Völker vertreten eine gemeinsame Überzeugung, die wir Demokratie nennen. Die Demokratie besitzt eine geliebte Grundlage, da sie auf der Brüderlichkeit der Menschen beruht. Wir glauben an die Würde der Einzelperson, wir glauben, daß es die Aufgabe des Staates ist, die grundlegenden Rechte und Freiheiten des Menschen zu erhalten und zu fördern. Wir vertreten den Standpunkt, daß der Staat dem Wohle des Menschen dienen soll und nicht, daß der Mensch dem Staat diene. Alles, was wir mit dem Wort Demokratie meinen, beruht auf dieser grundlegenden Überzeugung. Wir glauben, daß jede Einzelperson für ihre Lebensführung so viel Freiheit besitzen muß, wie sich dies mit dem Rechte anderer Personen vereinbaren läßt. Diese Überzeugung in die Praxis umzusetzen, ist der Zweck unserer Gesetze. Wir wissen, daß ein Höchstmaß an Freiheit und Würde des Einzelmenschen unter einer Diktatur nicht erzielt werden kann. Freiheit und Würde für den Einzelmenschen können nur unter einem System von Gesetzen gewonnen werden, das die Rechte des einzelnen Menschen schützt und durch eine Regierung, die sich aus drei

gewählten Vertretern des Volkes zusammensetzt.“

Über die amerikanische Politik sagte Truman, die interamerikanische Politik sei die der guten Nachbarschaft. Sie sei ein Beispiel für die Anwendung der Demokratie auf internationalen Gebiet. Sie beruhe auf der gegenseitigen Achtung der Völker untereinander und der Achtung, die jeder den Rechten des andern gegenüber auferlegt, ohne Rücksicht auf Größe, Reichum oder Macht.

Die Doktrin der Nichtmischung Truman sagte: „Nichtmischung bedeutet, daß ein starkes Land nicht das Recht hat, seinem Willen einem kleineren Lande aufzuzwingen. Nichtmischung bedeutet jedoch keineswegs Gleichgültigkeit gegenüber dem, was außerhalb unserer Grenzen vor sich geht. Wenn ein Land sich außerhalb der Gesetze stellt, so kann das den Bestand der Gesetze, von denen die Existenz aller Nationen abhängt, gefährden.“

Truman schloß seine Rede mit der Feststellung, es sei ermutigend, den Fortschritt zu sehen, der bei der Schaffung der Gemeinschaft der Nationen gemacht wurde, die Vollmacht hat das Gesetz gegenüber Rechtsbrechern durchzusetzen. Die Charta der UNO verleihe der Weltgemeinschaft der Nationen eine solche Vollmacht.

AUSLAND

Frankreich

De Brinon vor dem Kriegsvericht PARIS, 4. März. — Der Prozeß gegen den ehemaligen Botschafter der Vichy-Regierung bei der deutschen Militärverwaltung in Paris, Fernand de Brinon, hat begonnen. Der Angeklagte, dem zahlreiche verätherische Handlungen vorgeworfen werden, war seit 1940 Mitglied der Vichy-Regierung, insbesondere wird ihm vorgeworfen, wichtige Informationen über Nordafrika an die Deutschen übermittelt sowie einen demütigenden Bericht über die Juden an Goebbels geschickt zu haben. Nach dem ersten Weltkrieg hat de Brinon seine Laufbahn als Journalist begonnen und wurde später Spezialist für deutsch-französische Fragen. Dadurch stand er mit führenden Deutschen wie Hugo Sinaceur, Thyssen, Rathenau, Brüning und Stresemann in enger Verbindung. Auch hatte er seit dem Jahre 1933 Beziehungen zur NSDAP unterhalten und Hitler mehrmals interviewt.

Großbritannien

Wiederankunft der britischen Industrie LONDON, 4. März. — In Großbritannien erwachte Anfang dieser Woche das industrielle Leben zu neuer Tätigkeit, und Hunderttausende von Arbeitern strömten nach dreiwöchiger unfreiwilliger Arbeitsruhe wieder in die Fabriken. Trotzdem erwiesene sich noch einige Stromerzeugungsmassnahmen für die Industrie als notwendig.

Verminderung der Ausgaben für die britischen Streitkräfte vorgeworfen LONDON, 4. März. — Aus einem von der britischen Regierung veröffentlichten Weißbuch geht hervor, daß Großbritannien eine Verminderung um 294 Millionen Pfund der Ausgaben für die britischen Streitkräfte im Finanzjahr 1947/48 vorsieht. Die Gesamtausgaben für die britischen Streitkräfte im Jahr 1946/47 wurden in dem Weißbuch mit 652 Millionen Pfund angegeben, während die Ausgaben für das Jahr 1947/48 mit 358 Millionen veranschlagt werden.

Die Zahlenstärke der britischen Streitkräfte, die im Jahre 1946/47 2.930.000 Mann betrug, wird im Jahre 1947/48 auf 1.210.000 herabgesetzt werden.

Polen

Polnische Repatriierungs- und Umsiedlungsaktion WARSCHAU, 3. März. — Aus den Geländen östlich der Neusee-Ordnung sind bisher 1.653.000 Deutsche nach Deutschland zurücktransportiert worden.

In dem Bericht der Vertreter der Repatriierungskomitee, die zur Zeit in Lodz tagen, heißt es ferner, daß aus den von Polen abgetretenen Ostgebieten rund zwei Millionen Polen zurückgeführt und aus dem Westen etwa 2.100.000 in die Heimat zurückgeführt seien.

In den Westgebieten seien rund 1.000.000 Polen durch die staatlichen Repatriierungskomitee angesiedelt worden.

Italien

Internationale Frauenkongreß veröffentlicht Resolution über Deutschlandtrüge und Spanien PRAG, 3. März. Der Internationale Frauenkongreß, der vom 21. bis 26. Februar in Prag tagte, veröffentlichte die in der Schlussitzung angenommenen Entschlüsse über Deutschland und Spanien: Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands, Reparationsleistungen an die durch die Nazigräuel betroffenen Länder und Beendigung der Potsdamer Beschlüsse.

In der Resolution über Spanien wird Hilfe für die in Franco-Spanien eingekerkerten Frauen erbeten und alle Länder aufgefordert, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Franco-Spanien abzubrechen.

Griechenland

GRIECHISCHE PARTISANEN WERDEN VOM AUSLAND WEITERS UNTERSTÜTZT Guerillakämpfer zurückgeschlagen ATHEN, 4. März. — Amtliche Stellen aus Athen melden, daß auch jetzt noch, trotz der Anwesenheit der UNO-Kommission in Griechenland die Guerillakämpfer von den nördlichen Nachbarn des Landes durch Waffenlieferungen unterstützt werden, die über den nordgriechischen Guerilla-Gebieten mit Palästina verbunden sind.

Nach Armeebereitschaft aus Athen sollen rund 120 griechische Guerillakämpfer während der letzten 24 Stunden bei den Kämpfen in den nördlichen Bergen, in die 2000 Partisanen und reguläre Truppen verwickelt waren, um Leben gekommen sein. Die Guerillakämpfer wurden zurückgeschlagen.

Italien

„Exkönig Viktor Emanuel und Marschall Badoglio waren Verräter“, erklärte Kesselring VENEDIG, 4. März. — Im Prozeß gegen den ehemaligen Generalleutnant Kesselring bezeugte der Angeklagte Exkönig Viktor Emanuel und den ehemaligen Marschall Badoglio des „Verrats“.

„Nach Mussolinis Gefangennahme im Juni 1943 und vor seiner Befreiung im September versicherten der König und Badoglio mir, daß sie bis zum Ende an der Seite Deutschlands kämpfen würden“, fuhr Kesselring in seiner Aussage fort. „Wir glaubten, auf das Ehrenwort des Königs und des Marschalls vertrauen zu können, aber wir hatten schwer für ihren Verrat zu zahlen.“

Auf die Frage, wie Kesselring Verhältnisse zu Mussolini gewesen sei, erklärte der Betroffene: „Sein Wunsch war mir Befehl.“

Italien fordert Revision des Friedensvertrages

ROM, 4. März. — Der Präsident der italienischen verfassunggebenden Versammlung Umberto Terracini übersandte dem französischen Parlament dem amerikanischen Senat dem britischen Unterhaus und dem Obersten Sowjet der UNO Botschaften, in denen im Rahmen der UNO eine Revision des italienischen Friedensvertrages gefordert wird.

Spanien

Spanische Kommunistische Partei ist bereit, mit Anti-Franco-Kräften zusammenzuarbeiten PARIS, 3. März. — Der Wirtschaftsminister der spanisch-republikanischen Exilregierung, Vincente Uribe, einer der Leiter der spanischen Kommunisten, erklärte einem Reuters-Korrespondenten, daß die Kommunistische Partei Spaniens bereit sei, mit allen Anti-Franco-Kräften zusammenzuarbeiten, wenn dies dazu beitragen würde, das gegenwärtige Regime in Spanien zu stürzen.

Die spanisch-republikanische Exilregierung müsse ihr Möglichstes tun, alle gegen General Franco gerichteten Kräfte zu vereinigen, selbst wenn diese über die zukünftige Regierungsform in Spanien anderer Ansicht seien als die Kommunisten.

Vereinigte Staaten

Amerikanische Atomwissenschaftler protestieren gegen Anwesenheit deutscher Wissenschaftler in den USA NEWYORK, 4. März. — Die Vereinigung amerikanischer Atomwissenschaftler schickte ein Schreiben an Truman, um gegen das Programm der amerikanischen Armee zu protestieren, nach dem deutsche Wissenschaftler in die Vereinigten Staaten gebracht werden sollen.

Aus Gründen der nationalen Sicherheit wünscht die Vereinigung, daß nur die absolut benötigte Anzahl ausländischer Wissenschaftler in Amerika zurückbleibt.

Ferner soll diesen Personen nicht die amerikanische Nationalität zuerkannt werden und sie sollen nicht von Privatindustrien oder Forschungslaboratorien in Privatbesitz gestellt werden dürfen.

Senator Russell schlägt die Aufnahme Englands, Schottlands, Irlands und Wales in die USA vor

ATLANTA, 3. März. Der demokratische Senator des Staates Georgia, Richard Russell, erklärte der Zeitung Constitution, die USA sollten England, Schottland, Irland und Wales als Mitgliedstaaten aufnehmen. Russell behauptete, sein Vorschlag basiere auf dem drohenden Zusammenbruch des britischen Imperiums. Russell regte an, daß die Staaten des britischen Commonwealth falls sie in den Staatenverband der USA aufgenommen zu werden wünschen, über die Form der Verbindung mit den USA beraten sollen. Auch über die Zukunft des britischen Königshauses ist sich der amerikanische Senator bereits im klaren. Er meint, die Königsfamilie könne von ihrem Bankrott leben. Außerdem könne der König, falls er es wünsche, sich um den Posten eines Senators bewerben.

Gründung einer Weltregierung zur Schaffung einer Weltregierung

NEW-YORK, 25. Febr. — Vertreter sechs amerikanischer Organisationen, die für die Schaffung einer Weltregierung eintreten, schlossen sich auf einer Konferenz in Anseville zu einer „Vereinigung der Anhänger einer föderalistischen Weltregierung“ zusammen. Die neue Vereinigung zählt mehr als 18.000 aktive Mitglieder. In einer Erklärung heißt es, der Friede könne nur durch Gerechtigkeit, Gesetz und Ordnung zustande kommen. Der Weltfriede könne nur erhalten werden unter einem Weltgesetz, das allgemein und stark verankert ist, um bewaffnete Konflikte zwischen den Nationen zu verhindern. Erstes Ziel sei, die UNO zu einer Weltregierung mit beschränkter Vollmacht zu erheben, die stark genug ist, eine direkte Gesetzesgewalt auszuüben.

Neue Grundzüge der amerikanischen Außenhandelspolitik

WASHINGTON, 27. Februar. — Präsident Truman erließ eine Anordnung mit neuen Grundzügen für den Abschluß gegenseitiger Handelsabkommen durch die Vereinigten Staaten.

In Zukunft sollen danach alle Handelsverträge eine Bestimmung enthalten, nach der ein von den Vereinigten Staaten für irgend einen Artikel gewährtes Zugeständnis ganz oder teilweise zurückgezogen oder geändert werden kann, um Hersteller des gleichen oder eines ähnlichen Artikels im eigenen Land zu schützen.

Der Tarifausschuß der USA soll notwendig erscheinende Zurücknahmen oder Änderungen von Konventionen untersuchen und dem Präsidenten empfehlen.

Ein Ausschuß für Handelsabkommen soll dem Präsidenten vor dem Abschluß eines Handelsvertrages Bericht erstatten und ihn beraten.

Präsident Truman bekräftigte sich zu der Politik gegenseitiger Handelsabkommen, die ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Außenhandelspolitik geworden sei und von der Industrie, den Gewerkschaften und den Farmern unterstützt werde.

China

Rücktritt des Ministerpräsidenten NANKING, 1. März. — Der chinesische Ministerpräsident Song ist zurückgetreten. Er war ihm vorgeworfen worden, keine scharfen Maßnahmen gegen die Inflation ergriffen zu haben. Der Rücktritt erfolgte in einer stürmischen Sitzung der gesetzgebenden Kammer. In dieser Sitzung wurde Song für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Generalissimo Tchang-Kai-Chek nahm die Demission an.

Stalin als Minister der bewaffneten Streitkräfte zurückgetreten

MOSKAU, 3. März. — Der Moskauer Rundfunk gibt bekannt, daß Marschall Stalin von seinem Posten als Minister der bewaffneten Streitkräfte zurückgetreten ist.

Seine Rücktritt wurde angenommen. Zum Nachfolger wurde der bisherige stellv. Armeegeneral Bulganzin Minister der bewaffneten Streitkräfte. In der formalen Ankündigung des Moskauer Rundfunks heißt es: „Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat dem Eruchen des Präsidiums des Ministerrats der UdSSR, Stalin, stattgegeben, ihn in Anbetracht der außerordentlichen Belastung durch sein Hauptaufgabengebiet von dem Posten des Ministers der bewaffneten Streitkräfte der UdSSR zu entbinden.“

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR hat General Nikolai Alexandrowitsch Bulganzin zum Minister der bewaffneten Streitkräfte der UdSSR ernannt.

Der jetzt 62-jährige Generalissimus Stalin hatte vor dem Krieg lange Jahre keinen Posten in der sowjetischen Regierung inne, sondern bekleidete seinerzeit lediglich das Amt des Generalsekretärs der kommunistischen Partei der UdSSR.

Im Jahre 1941 wurde er Volkskommissar für Verteidigungswesen und Vorsitzender des Landesverteidigungskomitees. Das Verteidigungskommissariat wurde später in Kommissariat der bewaffneten Streitkräfte umbenannt, welches im Zuge der vor einiger Zeit erfolgten Umwandlung der sowjetischen Kommissariate in Ministerien die Bezeichnung eines Ministeriums der bewaffneten Streitkräfte erhielt.

General Bulganzin hatte bereits vor kurzem die normalerweise von Stalin auszuführenden Funktionen des Leiters dieser Ministeriums offiziell übernommen.

Radio Moskau gegen Dr. Schumacher

MOSKAU, 3. März. — Unter dem Titel „Schumacher“ erklärte der sowjetische Rundfunk: „Die sogenannte demokratische und sozialistische Politik dieses Führers der sozialdemokratischen Partei der westlichen Zonen Deutschlands sieht völlig im Dienste der reaktionären deutschen Kreise, die von einer bewussten Deutschland treuen, und die sich bemühen, den Versuch der demokratischen Mächte, einen stabilen und dauerhaften Frieden zu schaffen, abzuwehren.“

Weiter erklärt der sowjetische

Rundfunk, daß die verschiedenen öffentlichen Erklärungen Schumachers die Tatsache offenbart, daß der sozialdemokratische Parteivorsitzende die Schuld Deutschlands an dem Übergang auf Europa leugne, indem er die von Hitler den anderen Nationen zugefügten Misereiten stillschweigend übergehe. Die Länder, die Opfer des Nazigriffs geworden sind, beschuldigen Schumacher, Deutschland gegenüber chauvinistische Absichten zu haben. Schumacher gehe offen gegen die Beschlüsse von Potsdam über die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands vor und wende sich gegen die neue Grenzziehung im Osten Deutschlands.“

Neue sowjetische Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion

MOSKAU, 3. März. — Der Zentralausschuß der UdSSR hat in seiner Vollsetzung den Bericht Andrejew angenommen, in welchem Maßnahmen empfohlen werden, die geeignet sind, der sowjetischen Landwirtschaft der Nachkriegszeit einen neuen Aufschwung zu geben. Es wurde eine Resolution angenommen, in der festgesetzt wird, daß das Zentralkomitee der kommunistischen Partei alle Möglichkeiten erschöpfen will, um so schnell wie möglich zu erreichen, daß der Sowjetbevölkerung hinreichend Lebensmittel und Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden. Zu diesem Zweck werden folgende Maßnahmen ergriffen:

Innerhalb von drei Jahren soll der Vorkriegsstand der Getreide-

produktion erreicht und überschritten werden. Die Anbaufläche soll 1947 im Vergleich zu 1946 um 10 Millionen 300 000 Hektar erweitert werden. Davon werden 5 Millionen 700 000 Hektar auf Kolchosebeständen entfallen.

Im Jahre 1948 soll die Anbaufläche um weitere 6 Mill. 100 000 Hektar erhöht werden. Davon entfallen weitere 5 Millionen Hektar auf die Kolchosewirtschaft.

Die Verwirklichung des Fünfjahresplans auf dem Gebiet der Landwirtschaft wird unbedingt sichergestellt. Im Jahre 1950 soll die Gesamtproduktion an Getreide 127 Millionen Tonnen erreichen. Der Anbau von Getreide, das als Hauptnahrungsmittel gilt, soll ganz besonders gefördert werden.

Truman empfiehlt Abschaffung der Militärdienstpflicht

WASHINGTON, 3. März. — Präsident Truman hat dem Kongreß empfohlen, die Militärdienstpflicht mit Wirkung vom 31. März abzuschaffen. Er erklärt in einem Schreiben an den Kongreß, die Effektivstärke der amerikanischen Streitkräfte werde auf 1.070.000 Mann herabgesetzt. Eine allgemeine Entlassung aller unfreiwilligen Angehörigen der Streitkräfte werde angeordnet werden. Die Marine werde auf 571.000 Mann herabgesetzt.

Bekanntlich war die amerikanische Wehrpflichtgesetz im September 1941 durch Kongreßbeschlüsse eingeführt worden.

USA-Innenminister befürwortet Eingliederung Hawaii

WASHINGTON, 3. März. Der amerikanische Innenminister Krug forderte vor dem hawaiischen Parlament die Aufnahme Hawaii als 49. Staat in die USA. Krug betonte, daß sowohl die Bevölkerung der USA und Hawaii als auch Präsident Truman und der für die Eingliederung zuständige Kongreßausschuß die Aufnahme Hawaii als 49. Staat wünschen.

Unausgeforderte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

„Trotz der ständig wachsenden Unmöglichkeit unter den Mitgliedern der Regierung, ein solches Vorhaben des Kongresses der Nationalversammlung, und dem der Nationalversammlung, ist es ein Konflikt nicht zu befürchten.“

Es ist unbestreitbar, daß die kommunistische Partei mit der Mehrheit des Kabinetts über die wichtigsten Fragen darüber nicht übereinstimmt, aber es besteht die Gefahr, daß diese Partei nicht in geringem die Absicht hat, aus der Regierung auszutreten, solange in der UdSSR die Verhandlungen über den künftigen Frieden anhalten.

Nouvelles France

DIREKTION - REDAKTION
ADMINISTRATION - ANZEIGEN
DRUCKEREI
Marktplatz 4 - Konstanz a. B.
Fernsprecher: Konstanz 700

Abonnements in der französischen Zone bei allen Postanstalten in der brit. u. amerikanischen Zone nur im Sorabekhandel erhältlich

F. RILLIEN
Verwaltungsdirektor

Abonnieren Sie die
Deutsche Ausgabe
von
Nouvelles de France

Deutsche Pressestimmen Aus der britischen Zone

„Selection Board“

Zu der erst kürzlich erschienenen Neuzusammensetzung des „Selection Board“...

„Die offensichtlich groß angelegte und seit langem vorbereitete sächsische Aktion gegen Aktivisten einer nationalsozialistischen Untergrundbewegung hat das deutsche Volk mitten in seinen Bestrebungen...

Nicht nur das deutsche Volk hat einen Grund, über diese Dinge, die nun durch die neuen Verordnungen...

ihren Verantwortungen Gewalt vor Recht zu geben scheint, legt jenseits Unbehagen...

Kreis verantwortungsbewusster Deutschen wird auch nur die Warte zur Vermeidung...

Des Volkes Wille

Die „Hannoversche Volksstimme“ schreibt:

„Alle, die nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur innerhalb der europäischen Zone eine entscheidende politische Wendung erwarteten, sind nun enttäuscht worden.“

Wir sind in Deutschland freilich bemüht, diesen Weg der Demokratie zu betreten und die Allgemeinheit...

Nachdem seit zwei Jahren lang das deutsche Volk, teils aus politischer Unsicherheit...

Über den Protestkundgebungen und Streiks in der ganzen Zone steht die Parole: „Die Kohlen- und Schwereindustrie in die Hände des Volkes!“

Wirtschaftsmeldungen

ESSEN. — Die Frankfurter Zeitung berichtet über die Besetzung der 34 Arbeitsstätten des Februar 1947...

WIENBADEN. — Die Brauereigenossenschaft der amerikanischen Militärregierung für Bremen...

In den ersten 20 Tagen des Februar wurden in der amerikanischen Zone Deutschlands Exportverträge im Gesamtwert von etwa 377 000 Dollar unterschrieben...

Zum Leiter der Handels- und Gewerkschaftsleitung ernannt, der Wirtschaftsführung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland...

Lebensmittel und Vieh im Werte von etwa 23 Millionen Mark wurden in der Woche vom 8 bis 12 Februar 47...

Leut. Haltonmattberich der amerikanischen Militärregierung wurden in der Woche vom 8 bis 12 Februar 47...

Aus den USA wurden insgesamt 124 600 Tonnen Lebensmittel in den letzten ersten Februarwochen im Gesamtwert von 235 000 Mark eingeführt...

KLEINE ANZEIGEN

BRIEFMARKEN. Sammler fordern letzte Präsidenten-Festgabe für Briefmarken...

Auskünfte jeder Art. kostenlose Überwachung und Einzug von Außenständen...

Liebesgaben aus der Schweiz. Ueber die Möglichkeit, Liebesgaben zu erhalten...

4. ESSLINGER Briefmarken-Auktion. in Mai 1947. — Der Erlös unserer Versteigerung...

BRIEFMARKEN. Keine alle Ausgaben. D.R., Adreutsche Staaten, Dänzig, Luxemburg, Österreich...

BRIEFMARKEN. Alle Ausgaben D.R. u. Zonen, Luxemburg, Österreich...

MERKADO-Briefmarken-Vorstand. Verkauf, Aukt., Tausch. Adress: 1.3.45, Eisenbahnstr. 11...

BEIHEREREN, BEISYFIONS, WALZBLEI liefert Oskar Wolbrück...

DAUERVERBINDUNG mit Weibern, Ha-, Da- u. Kl-Konfektionsreie, Mode-, Weiß- u. Kurzwere...

VERKAUFER. 24 J. lat., Parfen- u. Lockbraune, m. all. Arb. veru., suchi Stelle...

BERANT für astrologische Analysen. Hans OSTER, Frankfurt/M. 13, Fach 1333.

WER SUCHEN verschiedene Kantharopressen sowie 1 Tablettenmaschine...

WER SUCHEN Federhandstätt, 6,25 bis 10,44 mm, Mündstärkte 7 mm...

BANDEISEN 2x18 mm, 2x15 mm, 2x10 mm, Sechskant, Vierkant...

PRIMA DIE SCHOKOLADE selbst herstellbar... Briefmarken-Auktion...

MADEL, schl., gebildet, 30 J., suchi Stellung in franz. Haushalt...

Damen-Friseur salon HERMANN BAUER

TRANSIT Internationaler Transport

Füllhalter aller Systeme repariert Adolf Oettinger

KUNSTLICHE SCHLAGBARENE von vorzüglichem Geschmack und bestem Nährwert...

KAUFMANN, 40 Jahre, suchi für den Standard die Verstellung...

HEIRATEN FRAU KATHE STEDTNER...

DPL-KAUFMANN, 40 J., 174 groß, m. gutem Funtion...

BLONDINE, 46 J., verw., Op-Sängerin, m. klein. Haus...

WER IM LEBENSERFOLG HABEN WILL, darf seine schicksalbestimmenden Entscheidungen...

KONSTRUKTEUR, 30 J., 1,66 groß, schlank, mit Vermögen...

DEN WEI zur glücklichen Zweifelhinft... Briefmarken-Auktion...

„DIE HEIRATSPOST“ hilft Ihnen nach, dicker u. billig zur wirklich glücklichen Ehe...

Comme le temps passe

Le 5 mars 1934 mourut à Corripio, près Modène, Antonio Aligheri dit le Coréage.

L'œuvre immense de ce poète est dispersée dans le monde entier.

C'est lui qui inaugura la petite-tout-platement des coupes qui parurent ainsi des riels nouveaux peuplés d'allégories ou de scènes de fictions.

Il dut répéter pour cela les redoutables problèmes de perspective que lui posait la death sur d'immenses surfaces courbes.

MOTS CROISES

PROBLEME No 364. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Horizontalement: 1. Oblige au silence; Participe; 2. Portement charpentier; Au les d'une soirée; 3. Elève; Croix; 4. Nomme un choix; Utilise; Fin d'infant; 5. France; Somme d'années; 6. Article; En matière de; 7. Actuellement; 8. Ne s'occupe pas; Deux titres; Règle; 9. Embre; 10. Ensemble de banque; Possède.

SOLUTION DU PROBLEME No 363. Horizontalement: 1. Scroches; 2. Arsenic; T.R.; 3. Zoa; Italia; 4. Aples; R.M.; 5. Ra; Sapia; 6. Motus; 7. Tico; Dan; 8. Ra; Pina; 9. Balcon; 10. Pie; De; 5.

„L'ESSENCE“ jeden Dienstag unsere Sportberichte

nière heure... dernière heure... dernière heure... der

Arrivée à Moscou d'une première déléation britannique

LONDRES. — Un premier contingent de fonctionnaires britanniques faisant partie de la déléation britannique à la conférence des ministres des Affaires étrangères, est arrivé à Moscou.

Pourparlers commerciaux entre la Grande-Bretagne et la Pologne

LONDRES. — Des pourparlers commerciaux ont commencé à Londres entre la Pologne et la Grande-Bretagne.

Le procès des tueurs du « Rex »

Devant le conseil de guerre de Bruxelles, le procès des tueurs du « Rex », membres de la brigade « X », a commencé.

Accord monétaire anglo-belge

LONDRES. — La Grande-Bretagne a rendu publique la conclusion d'un accord monétaire avec la Belgique...

Camouflage d'armes en Finlande

HELSINKI. — Le ministre de l'Intérieur révèle que 40 personnes appartenant au haut commandement de l'armée sont inculpées dans une affaire de camouflage d'armes.

Prochaines relations diplomatiques entre l'Inde et la Tchécoslovaquie

PRAGUE. — Krishna Menon, envoyé spécial du pandit Nehru, a été reçu par le ministre des Affaires étrangères tchécoslovaque Masaryk et par le secrétaire d'Etat Klementis.

60.000 communistes cernés par les gouvernementaux

NANKIN. — Le ministre de la Défense nationale a annoncé que 60.000 communistes avaient été cernés par les forces gouvernementales...

L'Etna se rendort

ROME. — L'éruption de l'Etna touche à sa fin. La lave continue seulement à couler encore lentement jusqu'à son refroidissement.

Amélioration de l'agriculture en U.R.S.S.

MOSCOU. — En vue d'améliorer le rendement en produits alimentaires et pour reconstruire les stocks gouvernementaux, la conférence plénière du comité central du parti a décidé de relever le niveau de la direction de l'agriculture.

Le président de la cour de justice de Budapest est arrêté

BUDAPEST. — D'après une nouvelle diffusée par la radio soviétique, au moment même où se déroule devant le tribunal du peuple de Budapest le procès des criminels du « Comité des Sept », le président de la cour de justice de la capitale hongroise a été arrêté.

Une réserve de platine appartenant à Hitler vient d'être trouvée

BERLIN. — Des fonctionnaires alliés viennent de découvrir dans les coffres-forts d'une banque allemande une réserve de platine d'une valeur de 1.000 livres sterling, qui appartenait à Hitler.

NOUVELLES BREVES

SAINT-OMER. — Quatre prisonniers de la prison de Saint-Omer se sont suicidés après avoir assassiné deux gardiens. Il en est mortifié et six ont été libérés.

Le président de la cour de justice de Budapest est arrêté

BUDAPEST. — D'après une nouvelle diffusée par la radio soviétique, au moment même où se déroule devant le tribunal du peuple de Budapest le procès des criminels du « Comité des Sept », le président de la cour de justice de la capitale hongroise a été arrêté.

Amélioration de l'agriculture en U.R.S.S.

MOSCOU. — En vue d'améliorer le rendement en produits alimentaires et pour reconstruire les stocks gouvernementaux, la conférence plénière du comité central du parti a décidé de relever le niveau de la direction de l'agriculture.

NOUVELLES BREVES

SAINT-OMER. — Quatre prisonniers de la prison de Saint-Omer se sont suicidés après avoir assassiné deux gardiens. Il en est mortifié et six ont été libérés.

Le président de la cour de justice de Budapest est arrêté

BUDAPEST. — D'après une nouvelle diffusée par la radio soviétique, au moment même où se déroule devant le tribunal du peuple de Budapest le procès des criminels du « Comité des Sept », le président de la cour de justice de la capitale hongroise a été arrêté.

Amélioration de l'agriculture en U.R.S.S.

MOSCOU. — En vue d'améliorer le rendement en produits alimentaires et pour reconstruire les stocks gouvernementaux, la conférence plénière du comité central du parti a décidé de relever le niveau de la direction de l'agriculture.

NOUVELLES BREVES

SAINT-OMER. — Quatre prisonniers de la prison de Saint-Omer se sont suicidés après avoir assassiné deux gardiens. Il en est mortifié et six ont été libérés.